



Wanderzirkus

Seite 10

Besuch im Flüchtlingslager

Seite 14



Erster Schlechter-Bericht

Flüchtlingskinder im Fokus des diesjährigen Berichts des Ombudskomitees für Kinderrechte

LUXEMBURG
ANNETTE DUSCHINGER

Die UN-Kinderrechtskonvention wurde am 20. November 1989 von der UN-Generalversammlung angenommen - ihr sind mehr Staaten beigetreten als allen anderen UN-Konventionen. In Luxemburg wacht das vor elf Jahren gegründete „Ombuds-Comité fir d'Rechter vum Kand“ (ORK) über die Einhaltung der Kinderrechte und legt jedes Jahr seinen Bericht vor. Darin werden traditionell Empfehlungen an offizielle Stellen formuliert.

Dieses Jahr ging es aber auch um Forderungen an den Handel und Eltern, die den Verkauf und den Umgang mit Handys und Videospiele besser kontrollieren sollten: Telekom-Unternehmen sollen Minimal-Info über die Risiken von Angeboten wie Premium SMS geben, die der Kunde oder seine Eltern blockieren können müssen.

Video-Spiele ab 18 nicht mehr in Geschäften spielen können

Video-Spiele mit Altersbeschränkung ab 18 sollen nicht mehr von Minderjährigen in den Geschäften gespielt werden können. Eltern sollten wachsam bleiben, wenn ihre Kinder im Internet sind, Initiativen wie BEE SECURE oder CASES gehörten in den Rahmen eines globalen Erziehungskonzepts so früh wie möglich integriert.

Der diesjährige Bericht ist der erste des neuen ORK-Präsidenten René Schlechter und hat als Schwerpunkt die Rechte der Flüchtlingskinder: Dabei dürfe die Kontrolle der Einwanderung nie über den Kinderrechten stehen, mahnt das ORK. Minderjährige ohne legalem Statut seien nun einmal Realität in Luxemburg und müssten von der Gesellschaft akzeptiert werden. Kinder, die ohne Begleitung Erwachsener kommen, sollte der Zugang zur luxemburger Nationalität vereinfacht werden. Die Kafala, ein in islamischen Staaten übliches Verfahren der legalen Kindesaufnahme sollte gesetzlich geregelt werden.

Die Politik und die Gesellschaft sollten sich des Problems der bettelnden Roma-Kinder annehmen. Dem „fahrenden Volk“ sollten Alternativen zur Bettelerei angeboten werden, um ein würdiges Leben führen zu können.

180 Unterredungen mit Eltern, Großeltern oder Familienmitgliedern von Kindern in Problem- oder Notsituationen führte René Schlechter dieses Jahr. In Einzelfällen richten sich auch Kinder direkt an ihn. Das ORK eröffnete 96 Dossiers, von denen 154 Kinder betroffen waren. Richterliche Platzierungen, Scheidung oder Trennung der Eltern, Migrantenkinder, die Schule und häusliche Gewalt waren die Hauptgründe.

Daneben kam es zu einer Vielzahl an Unterredungen mit Institutionen und Diensten. ●



Jeden 20. November überreicht das ORK seinen Bericht dem Chamber-Präsidenten. Dieses Jahr nahm Alterspräsidentin Annette Duschinger ihn aus den Händen von ORK-Präsident René Schlechter entgegen

Foto: H. Montz

DIE EMPFEHLUNGEN 2013 DES OMBUDSKOMITEES FIR D'RECHTER VUM KAND AN POLITIK UND INSTITUTIONEN

Vom Jugendschutzgesetz bis zu Videospiele und Handy-Tarifen

JustizministerIn - Die Reform des Jugendschutzgesetzes soll endlich eingebracht werden; Es sollen Alternativen zu Heim-Platzierungen eingeführt werden und Eltern nicht systematisch das Sorgerecht verlieren oder sie gegebenenfalls mit dem Heim teilen können; Für die Orte, in denen Kinder untergebracht sind, soll ein gesetzlicher Rahmen für mehr Transparenz sorgen; Im Gesetz zur häuslichen Gewalt sollen Kinder auch als Opfer anerkannt werden; Es sollen auf Familienrecht spezialisierte Richter eingeführt werden und Anwälten Weiterbildungen gezielt zur Vertretung von Kindern angeboten werden; Über die Problematik der Genitalverstümmelung soll mehr öffentlich sensibilisiert werden und das strafrechtliche Arsenal dagegen verstärkt werden;

Parlament - So schnell wie möglich soll das ORK-Gesetz reformiert werden, damit das Komitee wahre Unabhängigkeit bekommt; Es soll dem Parlament angehängt werden und nicht mehr dem Familienministerium; Kinderrechte sollen in der neuen Verfassung Eigenständigkeit bekommen und nicht unter das Familienrecht fallen - ein entsprechender Text wird vorgeschlagen; Die im Zivilrecht geregelte elterliche Verantwortung soll endlich verfassungskonform geregelt werden und die Scheidung dringendst reformiert; Beim Abstammungsrecht sollen künstliche Befruchtungen allen Paaren zustehen, ob verheiratet oder nicht, gepacst, hetero- oder homosexuell; Da Kinder ein Recht auf ihre Identität haben, muss das Anonymat bei künstlichen Befruchtungen und anonymen Geburten teilweise, aber streng geregelt eingeschränkt werden, auch bei Leihmutterchaft; Wenn ein Elternteil sich als solches bei der Gemeinde eintragen möchte, dann überwiegt auch hier das höhere Interesse des Kindes und nicht formal-rechtliche Einwände;

Innen- und JustizministerIn - Die Polizei soll auch Anzeigen entgegennehmen, wenn ein Minderjähriger sie ohne Begleitung erstattet, als Zeuge verhört werden kann er nur in Gegenwart eines Erziehungsberechtigten; Die Prozedur soll überdacht werden, wenn ein Kind abgeholt wird, um es zu platzieren, denn wenn es durch die Polizei geschieht, handelt es sich um ein traumatisches Erlebnis von institutioneller Gewalt;

Bildungs- und FamilienministerIn - Zu viele Kinder scheitern am zweisprachigen Sprachenunterricht; Schüler, die Probleme bereiten sind in Not und brauchen Hilfe - sie temporär oder definitiv der Schule zu verweisen sollte durch pädagogisch sinnvollere Maßnahmen ersetzt werden; Kinder mit speziellen Bedürfnissen oder schweren Verhaltensauffälligkeiten sollen durch genug Personal in den Schulen verbleiben können, beziehungsweise in therapeutischen Internaten, um nicht ins Ausland geschickt zu werden; Die „classes d'accueil“ sollen nicht dazu dienen, die Migrantenkinder dauerhaft auszugrenzen; Trans- oder Intersex-Kindern sollten speziell ausgebildete Personen in den Schulen zur Verfügung stehen; Die Sozialämter sollten darauf achten, den Kindern in Not nicht mit einem zu unpersönlichen und bürokratischem Umgang zu begegnen;

GesundheitsministerIn - Es sollte ein Nationales Diagnostikzentrum für Misshandlungen in der CHL-Kinderklinik eingerichtet werden.